

# Höfken will Stegskopf als Naturschutzgebiet

**DAADEN**

Ministerin hat offenbar Ausweisung angeordnet

thor ■ Das rheinland-pfälzische Umweltministerium will offenbar für die Zeit nach der militärischen Nutzung des Stegskopfs Fakten schaffen: Nach Informationen der Siegener Zeitung hat Ministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen) die Ausweisung der 2000 Hektar großen Fläche als Naturschutzgebiet angeordnet. Damit würde sie einer Forderung von Umweltverbänden aus dem Westerwald und dem Kreis Altenkirchen nachkommen. Massive Kritik an einer derartigen „Käseglocke“ hatte zuletzt in einem offenen Brief Daadens Bürgermeister Wolfgang Schneider geübt (die SZ berichtete). Trotz mehrfacher Nachfrage gab es gestern keine Reaktion aus dem Ministerium.

Fakt ist: Bis Ende 2013 wird auf dem Truppenübungsplatz noch geschossen, und so lange hat auch der Bund (nicht zu verwechseln mit BUND) noch das Sagen. Da das Verfahren zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets allerdings keine Sache von wenigen Wochen ist, wäre die Vorgehensweise des Umweltministeriums durchaus nachvollziehbar.

Nun ist aber jetzt schon klar, dass sich gegen diese Pläne erheblicher Widerstand regen wird, sollten die Informationen der SZ denn so zutreffen. Und zwar nicht nur vor Ort in der Verbandsgemeinde Daaden und den Nachbarkommunen des Westerwaldkreises. In der Mainzer Regierungskoalition dürfte es zum Thema „Stegskopf“ noch erheblichen Beratungsbedarf geben. Wie Bürgermeister Schneider berichtete, gab es vor wenigen Tagen ein Treffen mit Vertretern des Innen- und des Wirtschafts-

ministeriums. Dabei habe es deutliche Signale dahingehend gegeben, dass der Platz künftig auch wirtschaftlich genutzt werden soll, auch vor dem Hintergrund der angestrebten Energiewende.

Der Verwaltungschef hatte in seinem Brief gefordert, dass die Entscheidungshoheit bei den Gemeinden liegen müsse. Und in diesem Punkt darf er sich über neue „Verbündete“ freuen. „Die Kommunalpolitiker und Menschen vor Ort müssen entscheiden, was sie dort wollen“, stellte der SPD-Landtagsabgeordnete Thorsten Wehner klar. „Man muss genau schauen, wie die Stimmung vor Ort ist und der Bevölkerung nicht etwas aufzwingen, was sie gar nicht will.“ Seiner Meinung nach sei es auf dem Stegskopf sehr gut möglich, ökologische und ökonomische Interessen „unter einen Hut“ zu bekommen. Deshalb: „Man sollte ergebnisoffen diskutieren und nicht Fakten schaffen“, sagte der Sozialdemokrat. Auch der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Hundhausen betonte auf Nachfrage, dass die Zukunft des Truppenübungsplatzes eine „Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung“ sei. Die Entscheidungsträger der SPD im AK-Land hatten sich am Montag mit dem BUND getroffen, um die jeweiligen Positionen „abzuklopfen“.

Damit findet die Region allmählich zu einer – politisch – einheitlichen Sprechweise, denn auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdell hatte bereits mehrfach betont, dass die Verantwortung bei den Gemeinden liegen müsse. Sollte Umweltministerin Höfken tatsächlich ein Naturschutzgebiet vorbereiten, wäre das für ihn „ein sehr einseitiger Eingriff“.